



Antrag der SPD Kreistagsfraktion zur Weiterführung der imland gGmbH

VO/2023/016-01	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 16.01.2023
<i>FD 1.3 Gremien und Recht</i>	Ansprechpartner/in: Julian Detmer
	Bearbeiter/in: Christiane Ostermeyer

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
19.01.2023	Hauptausschuss (Entscheidung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

Die SPD-Fraktion beantragt, dass der Hauptausschuss dem Kreistag empfiehlt zu beschließen:

1. Der Kreistag spricht sich für den Verbleib der imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft aus.
2. Der Hauptausschuss weist die Mitglieder der Gesellschaftsversammlung der imland gGmbH an, die Geschäftsführung zu beauftragen, nach Beendigung der Insolvenz die Möglichkeiten der Weiterführung der Klinik Eckernförde als Standort der Regelversorgung auszuloten und auf den Weg zu bringen.
3. Der Hauptausschuss weist die Mitglieder der Gesellschaftsversammlung der Imland gGmbH an, die Geschäftsführung zu beauftragen, nach der Beendigung der Insolvenz Angebote auch privater Unternehmen für die künftige Geschäftsführung auf Grundlage eines „robusten“ Mandats mit Gewinnbeteiligung einholen.
4. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen und dazu Gespräche zu führen nach Beendigung der Insolvenz, inwieweit im Rahmen des 6-K-Verbundes die Bereitschaft zu einer Fusion oder der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung einzelner Bereiche wie sie beispielsweise bereits erfolgreich beim Rettungsdienstwesen besteht.
5. Der Kreistag fordert die Bundes- und Landesregierung auf, im Rahmen der derzeit auf Bundesebene geführten Diskussion zur Krankenhausreform die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass am Standort Eckernförde wieder eine tragfähige stationäre Versorgungsstruktur und eine Geburtsstation etabliert werden kann.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, einmal jährlich dem Kreistag Bericht über den Fortgang der Krankenhausreform und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für den Standort Eckernförde zu erstatten.

Sachverhalt

Der geänderte Antrag ist in der Hauptausschusssitzung am 12.01.2023 angekündigt worden.

Relevanz für den Klimaschutz

entfällt

Finanzielle Auswirkungen**Anlage/n:**

1	2023-01-19 SPD Inland Antrag HA 19.01.23
2	Antrag SPD 12.01.23 zum HA



Sozialdemokratische Partei Deutschland
Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde

Anke Götttsch
- Fraktionsvorsitzende -

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
Herrn Torsten Schulz

Rendsburg, den 12.01.2023

im Haus

Die SPD-Fraktion beantragt, dass der Hauptausschuss dem Kreistag empfiehlt zu beschließen:

1. Der Kreistag spricht sich für einen Verbleib der imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft aus.
2. Der Hauptausschuss weist die Mitglieder der Gesellschaftsversammlung der Imland gGmbH an, die Geschäftsführung zu beauftragen, nach Beendigung der Insolvenz die Möglichkeiten der Weiterführung der Klinik Eckernförde als Standort der Regelversorgung auszuloten und auf den Weg zu bringen.
3. Der Hauptausschuss weist die Mitglieder der Gesellschaftsversammlung der Imland gGmbH an, die Geschäftsführung zu beauftragen, nach der Beendigung der Insolvenz Angebote auch privater Unternehmen für die künftige Geschäftsführung auf Grundlage eines „robusten“ Mandats mit Gewinnbeteiligung einholen.
4. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen und dazu Gespräche zu führen nach Beendigung der Insolvenz, inwieweit im Rahmen des 6-K-Verbundes die Bereitschaft zu einer Fusion oder der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung einzelner Bereiche wie sie beispielsweise bereits erfolgreich beim Rettungsdienstwesen besteht.
5. Der Kreistag fordert die Bundes- und Landesregierung auf, im Rahmen der derzeit auf Bundesebene geführten Diskussion zur Krankenhausreform die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass am Standort Eckernförde wieder eine tragfähige stationäre Versorgungsstruktur und eine Geburtsstation etabliert werden kann.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, einmal jährlich dem Kreistag Bericht über den Fortgang der Krankenhausreform und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für den Standort Eckernförde zu erstatten.

Die SPD-Fraktion beantragt, dass der Hauptausschuss zustimmt und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen:

1. Der Kreistag spricht sich für den Verbleib der Imland GGmbH in kommunaler Trägerschaft aus.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsführung der Imland die Weiterführung der Klinik Eckernförde als Standort der Regelversicherung zu sichern.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote auch privater Unternehmen für die künftige Geschäftsführung auf Grundlage eines robusten Mandats mit Gewinnbeteiligung einholen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen und dazu Gespräche zu führen, inwieweit im Rahmen des 6-k-Verbundes die Bereitschaft zu einer Fusion oder der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung einzelner Bereiche wie bereits erfolgreich beim Rettungswesen besteht.
5. Der Kreistag fordert die Bundes- und Landesregierung auf, im Rahmen der derzeit auf Bundesebene geführten Diskussion zur Krankenhausreform die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass am Standort Eckernförde wieder eine tragfähige stationäre Versorgungsstruktur etabliert werden kann.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, einmal jährlich dem Kreistag Bericht über den Fortgang der Krankenhausreform und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für den Standort Eckernförde zu erstatten.

12.01.2023